

Die Lage der Festbesoldeten.

Scheinbare und wirkliche Hilfe.

Bergeudet wäre jedes Wort, das man zum Beweise dafür schreiben wollte, daß die Lage der Festbesoldeten nachgerade eine unerträgliche geworden ist. Denn das empfinden nicht nur sie selbst am eigenen Leibe, sondern jeder kann es erfassen, dem die vier Rechnungsarten geläufig sind.

Was die Lage der Festbesoldeten besonders sorgenvoll gestaltet, ist der Umstand, daß die Schwierigkeiten, die sich ihrer Lebensführung entgegenstellen, nicht vorübergehend sind und nicht mit dem Kriegsende beseitigt sein, sondern weit in die Tage einer kommenden Friedenszeit hinein dauern werden. Das arge Mißverhältnis, das zwischen dem Warenvorrat und Warenbedarf in allen Ländern besteht, läßt diese Beschränkung leider nur allzu berechtigt erscheinen, denn es fehlt infolge der allzu langen Dauer des von fast allen Völkern geführten verzehrenden Krieges jede Möglichkeit, daß mit Kriegsende ein Zu-

fließen der notwendigen Waren von anderwärts stattfinden wird.

Die Bestrebungen, der Not der Festbesoldeten abzuhelfen, dürfen also nicht bloß auf den Augenblick gerichtet sein, sondern müssen weit-schauend einer ferneren Zukunft dienen. Auch die größte Notlage wird sich leichter ertragen lassen, wenn man ihre zeitliche Beengung wahrnimmt und hoffen kann, daß man eine gründliche Besserung der Verhältnisse erleben wird. Diesem Zukunftsziele nun dienen die Anstrengungen, die sowohl die Festbesoldeten selbst wie ihre Arbeitgeber machen, in keiner Weise.

Alle sind ausschließlich bemüht, die Folgen der Teuerung teilweise etwas zu lindern, niemand aber denkt daran, den Ursachen mit aller Kraft an den Leib zu rücken. Sowohl die von den Dienstgebern gewährten Teuerungszulagen und Kriegszuschläge als auch die allerorten geschaffenen Konsumentenorganisationen helfen für die Zukunft, wie wohlthätig sie auch augenblicklich empfunden werden mögen, gar nichts. Es ist unmöglich, daß Teuerungszulagen für alle Zeit auch nur annähernd in jener Höhe ausbezahlt werden, die nötig wäre, um das richtige Verhältnis zwischen dem Beamtensgehalt und dem Warenpreise herzustellen. Es ist aber auch unmöglich, daß die Beamten für alle Zukunft ihre Aufgabe darin erblicken, jene Geschäfte in den eigenen Arbeitskreis zu übernehmen, die naturgemäß dem Großkaufmann oder dem Kleinhändler zufallen. Wenn dies unter dem unerhörten Druck der Kriegsnot geschehen ist, darf man doch nicht vergessen, daß es sich dabei um eine außerordentliche, außergewöhnlichen Verhältnissen angepasste Maßnahme handelt, die nur eine vorübergehende Erscheinung darstellt, und von der niemand wünschen soll, daß sie zu einer bleibenden Einrichtung wird.

Nichts beleuchtet die Sachlage besser als die Tatsache, daß eine große österreichische Beamtenorganisation, bei deren vor wenigen Jahren erfolgter Gründung ausdrücklich erklärt wurde, daß sie kein Konsumverein sein werde, sondern hochgesteckten sozialpolitischen Zwecken zu dienen habe, in den drei Kriegsjahren das ursprüngliche Arbeitsprogramm ganz aus dem Auge verloren hat und sich jetzt ausschließlich in den Dienst der Warenbeschaffung stellt. Man darf darüber gar nicht staunen, sondern muß diesen Wandel begreifen. Denn einerseits hat die langwährende Ausschaltung der parlamentarischen Tätigkeit alle Bestrebungen lahmgelegt, die mit ihr in einem inneren Zusammenhange stehen, andererseits aber fand die Beschaffung von Mehl, Butter und Bohnen bei der großen Masse weit mehr Anklang als die weniger realen Erörterungen über die Wahrung der Interessen der Festbesoldeten beim Abschluß neuer Handelsverträge. Das sind Verschiebungen im Vereinigszwecke, die man vielleicht nicht unbedingt billigen kann, die aber jedenfalls verständlich sind.

Annehmbare Lebensverhältnisse der Festbesoldeten aber werden durch die Selbstversorgung mit Bedarfsartikeln ebensowenig erreicht werden wie durch Teuerungszulagen, selbst wenn sie hundertprozentig wären. Nur durch die Bekämpfung der Ursachen, die die derzeitige schreckliche Lage der Beamten herbeigeführt haben, kann Hilfe gebracht werden. Diese Ursachen aber liegen darin, daß die Beamten als Berufsklasse in unserem wirtschaftlichen Leben nie eine Rolle gespielt haben und nie in die Lage kamen, ihre Lebensinteressen ebenso einheitlich und wirksam zu vertreten, wie es alle anderen Berufsstände, die Arbeiter, die Gewerbetreibenden und die Agrarier, taten.

Die Erhöhung der Bezüge ist gewiß ein sehr wirksames Mittel, um augenblicklich Hilfe zu schaffen. Aber die Millionen, die die Arbeitgeber dafür opfern, müssen wieder hereingebracht werden. Durch Steuern, wenn der Arbeitgeber Staat heißt, durch Preisaufschläge, wenn er ein auf Gewinn berechnetes Unternehmen ist. In jedem Falle werden die Kosten so lange überwältigt, bis sie wieder erdrückend auf den Festbesoldeten lasten.

Seit Jahren wird von der Vereinfachung der Geschäftsführung gesprochen und geschrieben und von der Möglichkeit, mit einer geringeren Beamtenzahl zu arbeiten, die weniger aber besser zu bezahlen. Nie noch war die Gelegenheit, diese Theorie zu verwirklichen, so günstig wie jetzt. Denn der Krieg hat in allen Beamtenkörpern zahlreiche Abgänge geschaffen, für die meist noch kein Ersatz bestellt wurde. Industrie und Handel werden nach dem Kriege Menschen brauchen, und das Zustromen zu den öffentlichen Ämtern wird sich deshalb verhältnismäßig leicht eindämmen lassen. Die Beamten-schaft selbst wird es in der Hand haben, diese Gelegenheit auszunutzen und zu zeigen, daß sie qualitativ höhere Leistungen vollbringen kann und auf bessere Entlohnung Anspruch hat.

Staatlicher Schutz der Konsumenteninteressen auf der einen Seite, höchstehende Leistungen eines verringerten, aber ausgewählten Beamtenmaterials auf der anderen Seite scheinen die Mittel zu sein, denen Anwendung die Wurzel des Beamtenleids trifft. Das sind freilich Ziele, die über die Kleinen und doch so großen Sorgen des Alltages hinausgehen. Aber diese Ziele dürfen die Festbesoldeten in ihrem gerechten Streben nach Teuerungszulagen und in ihrer aufgezwungenen Selbstversorgungsarbeit nie ganz aus den Augen verlieren.

Sans Pfeiffer.